

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 152 Abs 1:**

Verspätungszuschlag, Abgabefrist, Verlängerung

Bundesfinanzhof Az: VI R 2/24

Sind Verspätungszuschläge im Sinne des § 152 der Abgabenordnung (AO) in den Streitjahren 2018 und 2019 nach § 152 Abs. 1 oder 2 AO festzusetzen?

Ist die Verlängerung der Abgabefristen für den Besteuerungszeitraum 2019 gemäß Art. 97 § 36 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung wie eine behördliche Verlängerung zu behandeln, sodass § 152 Abs. 3 Nr. 1 AO die Anwendung des § 152 Abs. 2 AO sperrt? (entgegen Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 15.04.2021, BStBl I 2021, 615)

■ **DBA CHE Art 15a Abs 2:**

Grenzgänger, Schweiz

Bundesfinanzhof Az: VI R 14/24

Ein deutscher Staatsbürger mit inländischem Wohnsitz arbeitete im Streitjahr 2019 in der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wo er auch eine Wohnung am Arbeitsort anmietete. Das Finanzamt begehrt auf der Grundlage der mit Wirkung ab 01.01.2019 beschlossenen Konsultationsvereinbarung vom 25.10.2018 (BStBl I 2018, 1103) hinsichtlich der "Zumutbarkeit der Rückkehr" in Sinne des Art. 15a des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA Schweiz) die Besteuerung des Steuerpflichtigen nunmehr als Grenzgänger, da es eine tägliche Rückkehr als zumutbar ansah.

Zur Auslegung des Tatbestandsmerkmals "aufgrund ... Arbeitsausübung" in der Grenzgängerregelung des Art. 15a Abs. 2 Satz 2 des DBA Schweiz sowie der Frage, welche Kriterien für eine "berufsbedingte Nichtrückkehr" an den (inländischen) Wohnort nach Arbeitsende vorliegen müssen.

■ **DBA SWE 1992 Art 4:**

Abkommensrecht, Ansässigkeit, Ausland, Ausländisches Steuerrecht, Besteuerungsrecht, Doppelansässigkeit, Doppelbesteuerung, Erbschaftsteuer, Inland, Schenkung, Schenkungsteuer, Schweden, Steuerpflicht, Wohnsitz, Änderung

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 211/24

DBA-Schweden 1992 nach Fortfall der schwedischen Schenkungsteuer--Verfassungsbeschwerde--

■ **ESStG § 10 Abs 1 Nr 9:**

Schulgeld, Schule, Ersatzschule, Sonderausgabe, Satzung, Spende, Entgelt

Bundesfinanzhof Az: X R 27/23

Wann stellen Zahlungen von Eltern an einen als gemeinnützig anerkannten Förderverein einer von ihren Kindern besuchten staatlich anerkannten Ersatzschule, der die Gelder an den Schulträger zur Finanzierung der Schule weiterleitet, Schulgeld i.S. des § 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG dar?

■ **ESStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 2:**

Grundschuld, Anteilswerb, Finanzierungskosten, Sicherungshypothek, Betriebsausgabe, Zwangsvollstreckung

Bundesfinanzhof Az: IV R 4/24

Sind Aufwendungen einer GmbH & Co. KG im Zusammenhang mit der Abwendung der Zwangsvollstreckung aus Grundschulden, die sie an Grundstücken ihres Gesellschaftsvermögens gemäß der mit der finanzierenden Bank getroffenen Sicherungsabrede zur Absicherung der von einzelnen Kommanditisten zur Finanzierung des Erwerbs ihrer Kommanditbeteiligungen aufgenommenen Darlehen eingeräumt hatte, im Sinne von § 4 Abs. 4 EStG durch den Betrieb veranlasst?

■ **ESStG § 20 Abs 1 Nr 1:**

Nachweis, Fiktion, Kapitalerträge, Antrag, Tarif

Bundesfinanzhof Az: VIII R 37/23

Ist § 32d Abs. 2 Nr. 3 Satz 4 EStG i.d.F. vom 26.06.2013 in den Fällen der Anteilsveräußerung oder des Auflösungsverlusts nach § 17 EStG als Fiktion für das Vorliegen der Antragvoraussetzungen während des gesamten dort bezeichneten Zeitraums auszulegen oder stellt die Vorschrift lediglich eine Nachweiserleichterung dar und ersetzt damit nicht das Vorliegen der in § 32d Abs. 2 Nr. 3 EStG ausgeführten Tatbestandsmerkmale?

■ **ESStG § 20 Abs 1 Nr 1:**

Fiktion, Nachweis, Antrag, Kapitalerträge, Tarif

Bundesfinanzhof Az: VIII R 2/24

Handelt es sich bei § 32d Abs. 2 Nr. 3 S. 4 EStG um eine gesetzliche Fiktion zur Verfahrensvereinfachung für das Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen i.S. des § 32d Abs. 2 Nr. 3 EStG während des gesamten dort bezeichneten Zeitraums oder um eine Nachweiserleichterung, welche nicht das tatsächliche Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen ersetzt?

■ **ESStG § 22 Nr 1:**

Rente, Doppelte Besteuerung, Beitrittsgebiet

Bundesfinanzhof Az: X R 18/23

Besteuerung einer Altersrente in Fällen von Rentenbeitragszeiten im Beitrittsgebiet: Sind für Zwecke einer Vergleichsbetrachtung für die Ermittlung einer doppelten Besteuerung die rentenrechtlichen Regelungen des § 256a SGB VI (Entgeltpunkte für Beitragszeiten im Beitrittsgebiet) sowie die Anlage 10 zum SGB VI zu berücksichtigen?

■ **ESTG § 5 Abs 1 S 1:**

Pension, Beihilfe, Rückstellung, Umlage

Bundesfinanzhof Az: XI R 34/23

Bildung von Rückstellungen für künftige Umlageverpflichtungen hinsichtlich beamtenrechtlicher Pensionen und Beihilfeansprüche sowie Bestimmung von deren Höhe?

■ **GewStG § 9 Nr 1 S 2:**

Erweiterte Kürzung, Aufzug, Vermietung, Betriebsvorrichtung, Grundstück, Ausschließlichkeit

Bundesfinanzhof Az: IV R 9/24

Handelt es sich bei einem Lastenaufzug in einem Einkaufszentrum um eine Betriebsvorrichtung, deren Mitvermietung die erweiterte Kürzung ausschließt, oder erweisen sich der Betrieb und die Überlassung des Lastenaufzugs als zwingend notwendiger -der erweiterten Kürzung nicht entgegenstehender- Teil einer sinnvoll gestalteten eigenen Grundstücksverwaltung und -nutzung?

■ **KraftStG § 9 Abs 1 Nr 2 Buchst c:**

Kraftfahrzeugsteuer, Elektroauto, Schadstoffbelastung, Gleichheit

Bundesfinanzhof Az: IV R 7/24

Ist es unter Gleichheitsgesichtspunkten geboten, ein nicht mit externer Lademöglichkeit versehenes sogenanntes Mild-Hybridfahrzeug genauso zu besteuern wie ein Plug-in-Hybridfahrzeug, da die im Zulassungsverfahren für Plug-in-Hybridfahrzeuge ermittelten geringen Emissionswerte im Praxisbetrieb nicht erreicht werden?

■ **KStG § 27 Abs 1 S 1:**

Einlagekonto, Offenbare Unrichtigkeit, Änderungsmöglichkeit

Bundesfinanzhof Az: VIII R 7/24

Ist die Anwendung des § 129 AO ausgeschlossen, wenn die ernsthafte und nicht nur theoretische Möglichkeit besteht, dass der Bearbeiter der Finanzverwaltung einem Denk- oder Überlegungsfehler unterlegen hat, welcher sich nicht auf die materielle Rechtslage, sondern auf den bisherigen Verfahrensablauf und hierbei speziell auf den Umstand bezieht, dass der vorherige Bearbeiter eine aus den Akten ersichtliche und noch offene Frage bereits abschließend geprüft hat (hier im Fall der Änderung eines bestandskräftigen Bescheids über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 27 Abs. 2 und § 28 Abs. 1 Satz 3 KStG)?

■ **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1 S 3:**

Vorsteuerabzug, Schneeballsystem, Anzahlung, Rechnung, Fahrlässigkeit, Betrug

Bundesfinanzhof Az: XI R 30/23

Vorsteuerabzug aus Anzahlungsrechnungen trotz betrügerischem Schneeballsystem (sog. Verpachtungsmodell) mit Photovoltaikanlagen? Keine fahrlässige Unkenntnis der betroffenen Käufer?

- **UStG § 17 Abs 2 Nr 2:**
Anzahlung, Bürgschaft, Umsatzsteuer, Berichtigung

Bundesfinanzhof Az: XI R 31/23

Ist die Zahlung aus einer Anzahlungsbürgschaft als Rückzahlung der Anzahlung i.S.d. § 17 Abs. 2 Satz 2 UStG anzusehen? Kann die Berichtigung der Vorsteuer des Unternehmers erst dann verlangt werden, wenn auch die Umsatzsteuer an ihn zurückgezahlt worden ist?